

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Jaunich, Frau Fuchs (Köln), Frau Becker-Inglau, Frau Conrad, Gilges, Frau Dr. Götte, Großmann, Dr. Hauff, Frau Schmidt (Nürnberg), Schmidt (Salzgitter), Frau Seuster, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD — Drucksachen 11/274, 11/1548 —

Durchführung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur AIDS-Bekämpfung vom 13. November 1986

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bestätigt seine einvernehmlichen Beschlüsse zur AIDS-Bekämpfung vom 13. November 1986 (Drucksache 10/6299). Er bekräftigt dabei insbesondere die Feststellungen:

- „1. Bemühungen zur Begrenzung der weiteren Ausbreitung von AIDS und zur Eindämmung der ständig steigenden HIV-Durchseuchung der Bevölkerung können nur auf kooperativem Wege gemeinsam mit den Betroffenen und den derzeitigen Hauptbetroffenengruppen zum Erfolg geführt werden. Maßnahmen, wie die Einführung einer Meldepflicht nach den Bestimmungen des Bundes-Seuchengesetzes oder des Geschlechtskrankheitengesetzes, führen angesichts des spezifischen Krankheitsbildes, bisher fehlender Heilungsmöglichkeiten sowie der langen Latenzzeit zwischen Infektion und möglichem Ausbruch zu gesundheitspolitisch kontraproduktiven und schädlichen Auswirkungen, weil ihre eigentlichen Ziele, Vermeidung neuer Infektionen und Erkennung der Infektionsquelle, nicht oder nicht mehr erreicht werden können. Sie haben zudem gesellschaftspolitisch bedenkliche Folgen. Der Beschluß der Gesundheitsministerkonferenz vom 8./9. Oktober 1985, auf eine Meldepflicht derzeit zu verzichten, wird daher nachdrücklich begrüßt.
2. Der bisher angebotene HIV-Antikörpertest muß auch in Zukunft auf ausschließlich freiwilliger Basis angewendet wer-

den. Die Anonymität der Testperson muß gesichert bleiben. Die obligatorische Anwendung des Tests, z. B. im Bereich der Bundeswehr, der Polizei, bei Einstellungsuntersuchungen usw., ist rechtlich fragwürdig und gesundheitspolitisch nicht sinnvoll. Auch hier muß der Grundsatz der Freiwilligkeit Bestand haben."

Bonn, den 13. April 1988

Dr. Vogel und Fraktion